



MERKUR

Deutsche Zeitschrift

für europäisches Denken

Begründet von Hans Paeschke (1947–78)

und Joachim Moras (1948–61 †).

Herausgeber 1979–83: Hans Schwab-Felisch

Der Merkur wird getragen von der

Ernst H. Klett Stiftung Merkur

Heft 12, Dezember 1985

XXXIX. Jahrgang

Redaktionsschluß: 6. 11. 1985

Herausgeber:

Karl Heinz Bohrer

Redaktion:

Kurt Scheel, Marianne Katz

Herstellung: Gitta Ries

Sekretariat: Heidrun Kochmann

Sonnenstr. 10, 8000 München 2

Telefon (0 89) 55 56 81-2

Zum Doppelcharakter der neuen sozialen Bewegungen

Kaum ein Phänomen der politischen Öffentlichkeit fordert widersprüchlichere Interpretationen heraus als die neuen sozialen Bewegungen. Nicht nur die Links-Rechts-Dichotomie scheint nicht mehr zu greifen, sondern es ist auch schwer einzuschätzen, welches Gewicht neo-romantischen und populistischen Strömungen im Gesamtspektrum der neuen sozialen Bewegungen zukommt, ob sie eher als defensiv-bewahrend oder offensiv-zielbezogen, als politische oder kulturelle Bewegungen einzustufen sind. Während bisher bekannte soziale Bewegungen meist eindeutig einem chiliastischen, einem liber-

tär-humanitären, einem konservativen oder einem sozialistischen Ideologietypus zuzuordnen waren, enthalten die neuen sozialen Bewegungen ideologische Elemente jedes der vier genannten Typen. Die Erklärungsformel des antimodernistischen Protests, auf die man sich zunehmend zu einigen scheint, verdeckt dagegen häufig nur das Fehlen einer Theorie der Moderne, die diese Erklärungsformel erst inhaltlich füllen würde.

Anders als es gängigen Selbstdeutungen entspricht, ist die Motivationsbasis der neuen sozialen Bewegungen nicht primär in der kollektiven Reaktion auf

deprivierte Lagen und objektive Betroffenheiten zu sehen, sondern vor allem in der sich verschärfenden Problematik, personale Identitäten in sozialen Primärbeziehungen aufzubauen und zu stabilisieren. Bei den zunehmenden Schwierigkeiten der Identitätsbildung handelt es sich um das Resultat eines komplexen Prozesses, zu dem der Wandel familialer Sozialisationsbedingungen, die Erosion tradierter Deutungsmuster, der Bedeutungsverlust der Arbeits- und Berufserfahrung ebenso beitragen wie der Zerfall schicht- und klassenspezifischer Sozialmilieus. Damit einhergehend scheint seit einer Reihe von Jahren eine relativ neuartige Struktur von Gruppenzugehörigkeiten und lebensweltlichen Handlungszusammenhängen an identitätsbildender Kraft zu gewinnen. Die Zugehörigkeit zu Gruppen und Kollektiven dieses neuen Typus der Vergemeinschaftung bestimmt sich häufig nach askriptiven Merkmalen der Person, also durch »natürliche« Eigenschaften wie Alter, Geschlecht, Familienstand, ethnische und regionale Zugehörigkeit, körperliche oder psychische Gesundheit, die nicht oder nur schwer durch eigene Leistungen verändert oder erworben werden können. Unabhängig von Einkommen, Bildung und Prestige ist der Zugang im Prinzip für alle diejenigen offen, die das askriptive Unterscheidungskriterium erfüllen, also etwa in einem bestimmten Nachbarschaftsverhältnis zueinander stehen oder sich von einer gemeinsamen Umweltgefahr betroffen fühlen.

Bei diesen Assoziationsformen handelt es sich nicht um Solidarverbände zur Vertretung gemeinsamer Interessen, sondern eher um gemeinschaftliche Reflexe auf anomische individuelle Lagen, also um Versuche der kollektiven Befriedigung eines Strukturbedürfnisses, das immer dann auftritt, wenn – um mit Emile Durkheim zu sprechen – »die Gesellschaft dem einzelnen nicht mehr gegenwärtig ist«. Jede der einzelnen Gruppierungen verfügt über ihre jeweils eigene

Mikroideologie, d.h. über eine Vorstellung der Gruppenidentität und eine, wenn auch noch so diffuse und partikularistische, Konzeption des anderen, des guten Lebens. Das erstaunliche Nebeneinanderherlaufen von höchst widersprüchlichen Wertmustern und Traditionen wird nur deshalb nicht zum Problem, weil diese nicht in einem Verhältnis der Konkurrenz um kollektive Geltung zueinander stehen. Eine alle Untergruppen integrierende Ideologie der Selbstverwirklichung würde in Widerspruch zu ihren eigenen Postulaten geraten, wenn sie die einzelnen Gruppenidentitäten einem übergreifenden positiven Gesellschaftskonzept unterordnen würde: Die kollektive Identität der neuen sozialen Bewegungen kann nur in einer abstrakten Argumentationslogik bestehen. Paradoxe Weise ist gerade die partikularistische Gemeinschaftsstruktur der Nährboden für ein universalistisches Argumentationsparadigma, das die Begriffe individueller Identitätsbehauptung auf makrosoziale Zusammenhänge bezieht und gegen das Paradigma der instrumentellen Rationalität wendet. Im folgenden sollen einige Grundzüge dieser argumentativen Tiefenstruktur nachgezeichnet werden.

Partikularismus

Da sich Ich-Identität immer auch durch das Bewußtsein der Andersartigkeit bzw. Einzigartigkeit manifestiert, geht es den neuen sozialen Bewegungen vor allem auch um die Verteidigung des Rechts auf Partikularität und Unterscheidbarkeit, ohne daß die jeweilige Besonderheit als legitimationsbedürftig angesehen wird. Die Verteidigung der eigenen, oft mühsam errungenen Unterscheidbarkeit von anderen wird übertragen auf gesellschaftliche Kollektive, die sich nach ethnischen, regionalen, geschlechtsspezifischen oder kulturellen Kriterien gruppieren und sich gegen den egalisierenden Einfluß ihrer Umwelt wehren. Die spontane Solidarisierung mit nationalen Befreiungsbewegungen hat hier ebenso ihre

Wurzeln wie die biologische oder historische Rechtfertigung einer spezifisch weiblichen Kultur. Besonders deutlich zeigen sich partikularistische Argumentationsmuster in Teilen der Ökologiebewegung: Die Forderung nach dem Schutz aussterbender Arten oder ganzer Biotope speist sich zumindest auch durch das Bewußtsein, daß die Erhaltung von Partikularität und Einzigartigkeit einen Eigenwert darstellt, unabhängig davon, ob den jeweiligen Schutzobjekten eine unverzichtbare externe Funktion zukommt. Aus einer allgemeinen Perspektive ergibt sich so eine Universalisierung des Rechts auf Partikularität, die das Prinzip der Toleranz und des Konservierens an die Stelle des Prinzips zielgerichteten Wandels setzt.

Autonomie

Partikulare Identitäten müssen durch andere akzeptiert werden: Die Autonomie einer Gruppe, ihr Selbstverfügungsrecht über ihre symbolisch-kommunikative Ordnung, ist die Voraussetzung der Identitätsstabilisierung. Das Prinzip der Verteidigung der Gruppenautonomie läßt sich durchgängig bei vielen Teilströmungen der neuen sozialen Bewegungen nachweisen. Es reicht von der Forderung nach autonomen Jugendzentren bis hin zu regionalistischen Selbstverwaltungskonzepten. Auch bei den nationalistischen Einsprengeln der Friedensbewegung spielt die Autonomierhetorik zweifellos eine große Rolle. Gerade an diesem Beispiel läßt sich zeigen, wie umstandslos das allgemeine Wertmuster askriptiver Vergemeinschaftung auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge projiziert werden kann und hier eine völlig andere Bedeutung erhält.

Partikularismus und Gruppenautonomie ergeben zusammen ein kollektives Argumentationsmuster, das im Widerspruch steht zu emanzipatorischen und egalitären Forderungen, die, historisch gesehen, nur Ausgangspunkt von Teilen der neuen sozialen Bewegungen waren.

Die Entwicklung der Frauenbewegung, sonst in vielerlei Hinsicht ein Sonderfall, ist dafür ein gutes Beispiel: verstand sie sich zunächst als offensives Bündnis gegen die strukturelle Benachteiligung von Frauen, so ist heute nach neueren Selbsteinschätzungen der Autonomiebegriff in den Mittelpunkt gerückt, also der Ausschluß von Männern, was die Entwicklung einer spezifisch weiblichen Identität ermöglichen soll.

Risikoorientierung

Die Umwelt askriptiver Assoziationen wird nicht als Arsenal möglicher Mittel betrachtet, sondern als Quelle von Risiken für die autonome Identitätsstabilisierung. Die Definition von Risiken – sei es aufgrund der Gefährdung der körperlichen, der psychischen oder sozialen Identität – strukturiert die Umwelt nach einem Schematismus der Verursachung und Betroffenheit und setzt eine Handlungslogik der Prävention und Vermeidung frei. Argumentiert wird vor dem Hintergrund einer negativen Zukunft, die die Verfolgung positiv bewerteter Ziele allenfalls noch im Kleinen und Überschaubaren sinnvoll erscheinen läßt.

Gleichzeitig bedeutet eine generelle Orientierung an Risiken eine prinzipielle Skepsis gegenüber der Innovationsdynamik von Technik und Wissenschaft. Ökonomischer und technischer Wandel werden ebenso wie die planenden Eingriffe der Staatsbürokratie vornehmlich als Quelle neuer Risiken gesehen. Diese Argumentationslogik der Risikovermeidung ist, da sie keine positiven Gesellschaftsprojekte mehr entwickeln kann, gleichsam konditional programmiert. Sie ist auf Anlässe angewiesen, die Gefährdung jeweils konkret vor Augen führen, d. h. sie muß das Universum möglicher Risiken nicht nur nach Gesichtspunkten der wissenschaftlichen Beweisbarkeit, sondern auch nach Kriterien der Wahrnehmbarkeit und der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Öffentlichkeit selektieren. Dies bedeutet einerseits, daß eine

an Risiken ausgerichtete Argumentation immer lediglich reaktiv-kritisch sein kann, andererseits aber, daß sie, weil sie nicht auf positive Ziele festgelegt ist, ungewein flexibel auf aktuelle Anlässe einzugehen in der Lage ist.

Die Latenz und Flexibilität einer universalistischen Risikoorientierung ermöglicht gleichzeitig die Identifikation und Solidarisierung mit Gruppierungen, deren Gefährdungen man nicht selber ausgesetzt ist. Der Kampf einzelner Gruppen gegen partikulare Risiken (z. B. gegen die Startbahn West) dient dann auf der Grundlage einer allgemeinen Risikopathie als Symbol für universelle Identitätsgefährdungen. Risiken können ebenso wie allgemeine Bedrohungen als funktionale Äquivalente für kollektive Ziele dienen und die Basis koordinierten kollektiven Handelns sein. Aufgrund der oben erwähnten Reaktivität und aufgrund diffuser Gegnerschaften ist es aber eher unwahrscheinlich, daß auf der Basis einer allgemeinen Risikoorientierung eine stabile Organisationsentwicklung möglich ist. Bedeutsamer dürfte die negative Utopie der »verschlossenen Zukunft« für die Entwicklung eines gegenwartsorientierten Hedonismus sein, wie wir ihn in extremer Form aus den chiliasisch-millenaristischen Bewegungen kennen. Wenn die Autonomie identitätsstiftender Milieus bedroht ist, wenn konsistente und stabile Selbstbilder unwahrscheinlich werden und wenn sogar die biologischen Lebensgrundlagen bedroht sind, dann wird die Gegenwart dergestalt aufgewertet, daß Spontaneitäts- und Sensitivitätsideologien Sinn bekommen.

Primat der Mittel

Dem Verzicht auf positive Ziele entspricht die Aufwertung der Mittel. Handlungen werden nicht danach bewertet, wie sie zur Erreichung des Ziels beitragen, sondern haben vor allem exemplarischen Selbstwertcharakter. Dies entspricht im wesentlichen Max Webers Typus der Wertrationalität. Allerdings

beruht diese wertrationale Aufwertung der Mittel gegenüber den Zwecken meist nicht so sehr auf traditionellen Wertmustern, sondern eher auf einer erhöhten Sensibilität für die Nebenfolgen zweckrationalen Handelns. Ganz sicherlich ist durch Wissenschaft und Bildungsexpansion die Kenntnis über die langfristigen Nebenfolgen politischer und ökonomischer Entscheidungen gewachsen. Damit eröffnet sich gleichsam eine doppelte, letztlich widersprüchliche Argumentationsstrategie. Der Bezug auf die Folgen zielgerichteten Handelns kann nur auf der Grundlage objektiven kausalen Wissens erfolgen, wodurch man sich wieder dem Paradigma der instrumentellen Vernunft überantwortet und vom Wissenschaftssystem abhängig macht. Oder man verweist auf die prinzipiellen Grenzen wissenschaftlichen Wissens, also auf Risikokontingenz. Im ersten Fall, also im detaillierten Nachweis langfristiger riskanter Kausalketten, verliert man sich in die methodischen Zwänge und Manipulationsmöglichkeiten wissenschaftlicher Beweisführung. Im zweiten Fall verlagert man die Beweislast auf den Gegner, verzichtet aber in letzter Konsequenz auf konkrete Argumentation.

Ganzheitsvorstellungen

Die Ablehnung zweckrationaler Handlungskalküle entspricht gleichzeitig der Ablehnung linearer Kausalitätsmodelle zugunsten eines Paradigmas ganzheitlicher Selbstkoordination und Vernetzung. Auch dies läßt sich auf die Identitätsproblematik beziehen. Personale Identitäten beruhen auf der gelungenen Verschmelzung von Selbst- und Fremdwahrnehmung zu einem konsistenten Ganzen. Projiziert auf makrosoziale und natürliche Zusammenhänge bedeutet Ganzheit einen Modus der Integration, der nicht Resultat hierarchischer und zentraler Kontrolle ist, sondern auf Interdependenz beruht. Das Herauslösen einzelner Kausalketten aus derartigen Interdependenzzusammenhängen und ihre zweckra-

tionale Manipulation stört das Gesamtsystem in einer kaum vorhersehbaren Weise.

Seine angemessenste Entsprechung findet das Ganzheitsdenken in ökologischen Vorstellungen natürlicher Kreisläufe und Systeme. Gesellschaftlich entspricht ihnen eine organistische Konzeption horizontaler Integration und Vernetzung auf der Grundlage der Gruppenautonomie. Interessanterweise treffen sich in diesen Konzeptionen nicht-hierarchischer ganzheitlicher Integration vormoderne Elemente aus holistisch-mystischen Traditionen mit dem »neuen Holismus« der Naturwissenschaften und Systemtheorie.

Vieles spricht dafür, daß es sich bei der Alternativ-, der Ökologie- und der Friedensbewegung um Epiphänomene eines langfristigen Prozesses sozialen Wandels handelt, der nicht mit dem Erfolg einzelner themenzentrierter »movements« steht oder fällt. Das heißt, der Erfolg der neuen sozialen Bewegungen könnte gerade in ihrer Auflösung und der Diffusion ihrer Argumentationsmuster ins Alltagsbewußtsein bestehen. Dies gilt sowohl auf der Ebene der Mikrogemeinschaften und der Alltagspraxis als auch auf der Ebene kollektiver Argumentation und öffentlicher Entscheidung.

Es erscheint nicht unplausibel, daß sich langfristig die individualisierte und heterogene Struktur von Selbstzuschreibungen und Lebenslagen stabilisieren wird. Damit können soziale Bewegungen immer weniger auf der Erfahrbarkeit eines gemeinsamen Sozialmilieus, einer unmittelbar einsichtigen Lebenspraxis aufbauen. Die Erkenntnis der gemeinsamen Lage partikularistischer Identitätsfindung kann nur mehr durch eine abstrakte Metaargumentation vermittelt werden. Die Ressourcen der neuen sozialen Bewegungen sind daher im wesentlichen argumentativer Art und können kaum im Vorenthalten einer Leistung oder im direkten Einsatz von Machtmit-

teln bestehen. Die kollektive Identität der neuen sozialen Bewegungen beruht auf dem Konsens über eine Identitätssemantik, die ich oben zu skizzieren versucht habe. Diese abstrakte Identitätssemantik muß nun immer wieder anlässlich übergreifender aktueller Themen (Nachrüstung, Volkszählung) veranschaulicht und konkretisiert werden, um an Evidenz zu gewinnen. Sie ist damit auf eine Öffentlichkeit angewiesen, die durch die organisierten Öffentlichkeiten von Parteien und Verbänden nur unzureichend abgedeckt ist. Dennoch müssen sich themenzentrierte Bewegungen an den argumentativen Legitimationsmustern staatlicher Politik »abarbeiten«, um Geltung zu bekommen. Die Kritik und Widerlegung der verwissenschaftlichten politischen Legitimationsrhetorik machen es notwendig, sich auf die einzelnen Elemente kausaler Problemtheorien einzulassen. Selektiv wirken in diesem Kontext nunmehr der öffentliche Problemkonsens und die sedimentierten Argumentationsstrukturen der Öffentlichkeit, mitsamt ihren logischen und pragmatischen Zwängen, die sich als Folge vieler Einzelargumente ergeben.

Die eigentümliche Eigendynamik kollektiver Argumentation bewirkt nun allerdings, daß sich Einzelargumente von den strategischen Absichten ihrer Urheber lösen und damit ihren Ressourcencharakter verlieren. Das Ergebnis kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Rationalisierung der »kognitiven Landkarte« sein, die die jeweilige Grundlage politischer Entscheidungsbegründung ist, ohne daß dieser Rationalisierungseffekt einer bestimmten Gruppierung langfristig zurechenbar ist. Mit anderen Worten: Der Erfolg argumentativen Handelns kann gerade darin bestehen, daß Argumente diffundieren und zur Basis einer allgemeinen kognitiven Übereinstimmung werden. Wie sich an der Umweltschutzdebatte zeigen läßt, sind ökologische Problemtheorien in relativ starkem Maße von der Administration, von der

Rechtsprechung und den Parteien »übernommen« worden. Dies läßt sich einerseits als mehr oder weniger erfolgreiche Einflußnahme auf staatliche Entscheidungen deuten, birgt aber langfristig das Problem, daß die alternativen themenzentrierten Problemtheorien der neuen sozialen Bewegungen immer nur kurzfristig zur Herstellung kollektiver Identität geeignet sind. Die neuen sozialen Bewegungen erweisen sich, wenn sie sich in öffentliche Diskurse und damit auf die Logik zweckrationaler Entscheidungsbeurteilung einlassen, als Promotoren einer argumentativen Rationalisierung staatlichen Handelns, die durchaus als Fort-

schreibung der Modernisierung begriffen werden kann. Das Paradigma der Identitätsverteidigung läßt sich auf der konkreten Ebene politischer Diskurse wahrscheinlich ohne weiteres mit dem Wachstums- und Industrialisierungsparadigma vereinbaren, da es zu ihm in einem Verhältnis der Komplementarität steht. Paradoxerweise könnten die neuen sozialen Bewegungen die Rolle einer Avantgarde der Sekundärmodernisierung spielen und, indem sie die Randbedingungen und destabilisierenden Nebenfolgen des Modernisierungsprozesses schärfer und genauer formulieren, sein Fortschreiten erst möglich machen.

Christoph Lau